

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zwangspreis monatl. frei Haus 2,50 RM. (Halbmonatl. 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-QL / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeitung anschließend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-QL, Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 30. Mai 1929

Nummer 123

## Ein neuer Schlag gegen die Arbeitslosen

### Wissells Sofort-Programm

Die kürgerliche Presse hat in den letzten Tagen den Inhalt der Novelle zum Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, die demnächst durch das Reichsarbeitsministerium dem Reichstage vorgelegt werden wird, veröffentlicht. Der Vorwärts, der sicherlich über die Novelle belächelt informiert war, schwenkt sich darüber aus und mühte erst nachträglich gegeben, daß der wichtigste Inhalt der Novelle im Wesentlichen richtig ist.

Die Novelle sieht eine Ermächtigung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt vor, in Notfällen den Versicherungbeitrag von 1 auf 4 Prozent zu steigern. Das bedeutet eine neue Belastung der Arbeiterschaft um jährlich 135 Millionen RM. Außerdem wird die Beschränkung und Aufhebung der Versicherungspflicht für eine ganze Reihe von Arbeiterkategorien angefündigt.

Mit diesem skandalösen beherrschbaren Paragraphen wird vielen Tausenden die Unterstützung geraubt werden!

Weiter soll die Sperrfrist ausgedehnt werden, den Arbeitern, die die Annahme einer ihnen zugewiesenen Arbeit verweigern, soll fortlaufend die Unterstützung gesperrt werden. Der Wortlaut der Novelle liegt noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß sie noch weitere Verschlechterungen enthält.

Im März d. J. waren 2 671 000 arbeitslos, dabei fanden nicht weniger als

772 000 außerhalb der Arbeitslosenversicherung.

Die Novelle bringt noch weitere Verschlechterungen und gibt der vom Unternehmertum beherrschten Reichsanstalt die Möglichkeit, weitere Arbeitergruppen aus der Arbeitslosenversicherung auszuschalten.

Der Vorwärts erklärt sich mit der Novelle einverstanden. Er schreibt:

„Im Augenblick kann nur festgestellt werden, daß auch das Reichsarbeitsministerium keinen anderen Ausweg aus dem durch die abnorme Arbeitslosigkeit während des letzten Winters geschaffenen Finanzschwierigkeiten sieht, als den der vorübergehenden Beitragserhöhung, auf den bereits die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hingewiesen haben. Es gibt keinen anderen Weg aus den Schwierigkeiten.“

Die Erklärungen Otto Wels' auf dem Magdeburger Parteitag, daß „die Sozialdemokratie für den weiteren

Schulden werden aus der Arbeitslosenversicherung völlig ausgeschlossen. Lehrlinge und „nicht ständig Beschäftigte“ fast ausgeschlossen. Ferner wird der Begriff der Arbeitslosigkeit in der Novelle neu umschrieben. Hinter dem Paragraphen 89 des WGB soll ein Paragraph 88a eingefügt werden, der folgendermaßen lautet:

„Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Sorellern, von Abkömmlingen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt mitbewirbt oder miterwerben kann.“

Ausbau der Sozialpolitik kämpft“, das Entrüstungstheater in der sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse über die Vorschläge der Unternehmer zum Abbau der Arbeitslosenversicherung, sind durch die Novelle des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers gründlich entlarvt.

Die Bezirksvorstände des WGB und des NABundes für Berlin haben am Sonnabend eine Kundgebung veranstaltet, um die „Stellung der freien Gewerkschaften im Kampf (?) um die Arbeitslosenversicherung zu unterstützen“. Diese Kundgebung hat abermals den unerhörten Betrug der Arbeitslosen durch die Gewerkschaftsführer unterstrichen. Der Sekretär des WGB, Espiedt, der das Hauptreferat erstattete, erklärte, daß er „keine Veränderungen für möglich“ hält. Die „keinen Veränderungen“, das ist die Wissellsche Novelle.

Nicht die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD werden den Feldzug gegen die Arbeitslosen abwehren. Im Gegenteil: Die sozialdemokratischen Minister, zusammen mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sind dabei, den Erwerbslosen das letzte Stück Brot zu entreißen. Der Kampf für Brot und Arbeit kann nur von den Erwerbslosen unter Führung der kommunistischen Partei geführt werden. In diesem Kampfe können die Erwerbslosen nur auf ihre eigene Kraft und auf die Kraft ihrer noch in den Betrieben stehenden Arbeitsbrüder rechnen.

Siegfried Käbel.

### 24 Prozent Stimmengewinn der KP Belgiens!

Genosse Jacquemotte doch gewählt

Brüssel, den 28. Mai 1929.

Die Ergebnisse der Sonntag festgesetzten Parlamentenwahlen liegen noch immer nicht endgültig vor, doch ergibt sich bisher folgendes Bild:

Gegenüber 1925 gewinnen die kommunistische Partei 9200 Stimmen, die Katholische Partei 41500 die Liberale Partei 64000 und die Flämische Frontpartei 35000 Stimmen, während die Sozialdemokratische Belgische Arbeiterpartei 13000 Stimmen verliert. Die Anzahl der Wähler ist gegenüber 1925 um etwa 10 Prozent gestiegen.

Die Verteilung der Kammeritze ergibt voraussichtlich einen Gewinn der Liberalen Partei von 7 Sitzen und der Flämischen Frontpartei von 4 Sitzen; die Belgische Arbeiterpartei verliert 7 Sitze, die Katholische Partei verliert 2 Sitze und die kommunistische Partei verliert 1 Sitz.

Der Stimmengewinn der kommunistischen Partei Belgiens beträgt etwa 21 Prozent. In Brüssel ist Genosse Jacquemotte wiedergewählt. Der Sitz in Lüttich ist an die Sozialdemokraten verloren gegangen.

Im Wahlkreis Brüssel erhielten die kommunistische Partei 10 437 Stimmen (gegenüber 10 332 im Jahre 1925), die Belgische Arbeiterpartei 98 522 (104 032), die Katholische Partei 117 051 (105 036), die Liberale Partei 74 295 (64 408), die Flämischen 502 Stimmen.

Die Wahlen zeigen eine Festigung des liberalkatholischen Blocks, einen starken Rückgang der Sozialdemokraten, beträchtliche Fortschritte der Frontpartei und ein Vorwärtsschreiten der kommunistischen Partei.

In Eupen und Namur erhielt der autonomistische Kandidat mehr Stimmen als alle anderen Parteien zusammen, er scheint aber infolge der Angliederung des Wahlkreises Verdiers an die Provinz Lüttich nicht als gewählt.

Arbeitslosenversicherung zu erhöhen und vorhandene Mißbräuche zu beseitigen. Gleichzeitig kündigte er neue Massensteuern an.

Antikommunistenhege u. Proklamierung des Hauptkampfes gegen den Bolschewismus bei der Eröffnung des Parteitages, Beschluß zur Fortsetzung der Vanzertreuzer- und Kriegspolitik, Annahme des sozialimperialistischen Kriegsprogramms — nach allen diesen Ergebnissen des Parteitages des Sozialfaschismus, konnte auch die Hege gegen die Sowjetunion nicht fehlen. So erklärte Breitscheid im Sinne der englischen konventionellen Kriegstreiber von der Parteitagstribüne herab:

„Wird die Sowjetunion als ein Kulturstaat gelten, so muß sie sich entsprechend in ihren Beziehungen zu den anderen Staaten einstellen und nicht, wie nach der Moskauer Rede vom 1. Mai handeln.“

Im gleichen Atemzug höhnte Breitscheid über die Behauptung, daß ein neudeutscher Imperialismus existiere. Bei einer wirklich verantwortungsvollen Politik müsse man auch den Mut zur notwendigen Unpopulartät haben, selbst wenn die Arbeitermassen die SPD-Politik zeitweilig nicht ganz verstehen würden. — So verkündete der Staatsmann Breitscheid unter dem Beifall des Parteitages. Das ist das Bekenntnis, die diktatorische Blutpolitik der sozialdemokratischen Mörderpartei gegen die revolutionäre Arbeiterschaft nach diesem Magdeburger Parteitag mit zynischer Konsequenz fortzusetzen.

#### Sitzungsbericht

Am Mittwoch wurde die Debatte über das Wehrprogramm fortgesetzt.

Seeger, Dessau: Die Demokratisierung der Reichsmehr sei eine Fiktion. Dänemark sei ein Beispiel dafür, daß man trotz außerordentlicher Nachbarn abrücken könne. (Zuruf: Deutschland ist nicht Dänemark!)

#### Sendemik, Jütland:

Trotz der „Verbesserung“ würden die „Linken“ gegen die Entwürfe stimmen. Sie lehnen jeden Krieg, wie er sich auch nennen möge, während des Kapitalismus ab. Im Zeitalter der entwickelten Technik und der internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen gäbe es keine nationalen Kriege mehr in Europa, nur noch Kriege der Koalition mehrerer Staaten gegeneinander. In allen Ländern sei in vergangenen Kriegen der Proletariat der Besiegte gewesen. Ob ein Krieg ein Verteidigungs- oder ein Angriffskrieg sei, bestimmten die herrschenden Generale und Diplomaten. Wenn Dittmann über den Satz, daß jeder Krieg den Charakter des herrschenden Imperialismus trage, abschließend urteile, so wolle er darauf hin, daß dieser Satz wörtlich aus der Brüsseler Resolution stamme, der auch Dittmann zugestimmt habe. In der Internationale lage jede Partei zur anderen: „Dannemann, geh du voran!“, und so werde kein wirklicher Schritt für die Abrüstung getan. (Sendewitz ging mit seinem Wort auf die Frage der Unterbindung der imperialistischen Kriegstreiberien durch den Sozialimperialismus ein. D. Red.)

Schöpplin, Karlsruhe: Die SPD ist die größte Partei, und gegenwärtig bestehe ein Staat, der grundsätzlich von den früheren Staaten unterschieden sei. Daher auch die Stellung

## Annahme des imperialistischen Wehrprogramms

Die loyale „linke“ Opposition unterliegt und fügt sich

Imperialistische Schornfahnerrede Seberings / Breitscheid kündigt neue Massensteuern an

Magdeburg, den 30. Mai.

Die Mittwochsitzung des sozialdemokratischen Parteitages fand im Zeichen des rüstungsfeindlichen und staatsverhaltenden Sozialimperialismus. Sebering und Breitscheid sprachen. Das Wehrprogramm wurde mit 244 gegen 147 Stimmen nach der Vorlage der Reichskommision angenommen. Der Parteitag stimmte für eine positive Wehrpolitik. Man ließ noch ein paar „linke“ Diskussionsbeiträge zu den sozialimperialistischen Sprechern zu Worte kommen. Herr Sendewitz, der dem Parteivorstand Kameradschaftlichkeit gelobt hatte, blieb treu. Er griff mit keinem Wort den Sozialimperialismus der SPD-Politik an. Als der Breslauer Gast, der sich auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg berief, davon sprach, daß die deutschen Arbeiter kein Vaterland zu verteidigen hätten, entstand ein wilder Tumult unter den anwesenden vaterländischen Staatsfunktionären. Aber auch dieser Gast wies den Fragen der Vertretung der Sowjetunion, des Sozialimperialismus und der proletarischen Revolution aus.

Nach Crispiens Rüstungsbekanntnis: „Es ist Unsinns für die Demokratie, abzurücken, während die reaktionären Staaten rücken“, kam als nächster Sozialimperialist.

#### Der „keine Metallarbeiter“ Sebering

Seine Rede war eine patriotische Spitzensitzung. Er beschuldigte die Reichsmehr und ihren Groener an sein Herz und erklärte, daß die Demokratie mit dem Charakter einer soldatischen Truppe nicht vereinbar sei. Darum könne keine Demokratisierung, sondern nur eine „Republikanisierung“ der Reichsmehr durchgeführt werden. Der oberste Chef der Reichsmehr, der Abwürger des Nordwestkampfes, der Mann von Bielefeld, lobte ein Lob für den Geist der Förgiebelpolitik in

seiner Rede ein, um sodann von allen Republikanern den moralischen Kredit neben dem finanziellen für die Reichsmehr zu fordern. Landesverteidigung sei eine notwendige Sache, meinte Herr Sebering und begründete das mit Erinnerungen an seine Teilnahme an der Organisation des Grenzschutzes gegen Osten in den Jahren 1920 bis 1923, dem letzten Kapitel der Förderung der schwarzen Kemereichsmehr.

Sebering verwandte für seine Rede die leichtesten und platitsten Agitationsphrasen, und je arbeiterfeindlicher seine Rede wurde, desto härter kam der Beifall seiner Sozialfaschisten.

So applaudierte der Parteitag gerade an dem Punkt zustimmend, wo der Staatsmann Sebering über die Notwendigkeit der Regierung zum schärferen Vorgehen gegen eine Bewaffnung des Proletariats sprach, ohne die schon vorhandene Bewaffnung des Stahlhelms und der anderen faschistischen Verbände zu erwähnen.

#### Herr Breitscheid

Der in den letzten 2 Stunden der gestrigen Sitzung den Beizicht der Reichstagsfraktion gab, trat gleich Sebering als Staatsmann der deutschen Republik auf. Mit eleganter Pose und schauspielereiischen Mäßen hielt er über den Parteitags hinaus eine Rede an die Adresse der kapitalistischen Koalitionspartner der SPD. Seine Rede zeigte in klassischer Form die enge Verbundenheit der SPD-Führung mit dem Staat des Truistkapitals. Er predigte den Mut zum Ja-sagen, zur „wirklichen Verantwortung an der Politik“, die bei Koalition oder parlamentarischer Opposition die gleiche Grundlinie beibehalte.

Breitscheid vertrat die Forderung der Erhöhung der Steuererleichterung für die Besitzenden durch die Hilferding-Anleihe, den Rückbau des Reichswehretats und wandte sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung und sprach offen die Bereitschaft der SPD aus, die Beiträge zur Ar-